

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Schluss mit dem roten Wien! Wirtschaftliche Liberalisierung für die Hauptstadt

Antragstext

1 Aus liberaler Sicht bildet die freie Marktwirtschaft einen der Eckpfeiler einer
2 freien und prosperierenden Gesellschaft. Folglich müssen staatliche Eingriffe,
3 die die individuelle Freiheit beschneiden, überzeugend gerechtfertigt und auf
4 ihre Notwendigkeit geprüft werden. Gerade all jene, die für unseren Wohlstand
5 sorgen, werden durch hohe Besteuerung, überschießende Regulierung und
6 Bürokratismus bei Wohlstand schaffenden Tätigkeiten behindert. Es handelt sich
7 dabei aber nicht nur um wirtschaftliche Hürden, sondern oftmals auch um starke
8 Einschnitte in Privateigentum und Vertragsfreiheit, die wir ablehnen.

9
10 Ziel des Antrags ist die Verankerung der Grundsätze Effizienz, Wettbewerb und
11 Liberalismus in der Wiener Stadtpolitik. Die folgenden Maßnahmen sind
12 langfristig gedacht und sollen etwaige nötige öffentliche Investitionen, die
13 kurz- und mittelfristig unrentabel sind, nicht ausschließen.

Steuern:

14
15 Wir fordern, dass die Stadt Wien die Steuer- bzw. Abgabenlast dort mindert, wo
16 sie die Kompetenz dazu besitzt. Wir begrüßen hier die Abschaffung der
17 "Luftsteuer" durch die Stadtregierung - es muss jedoch noch mehr passieren,
18 besteht doch zum Beispiel noch immer eine "U-Bahn-Steuer". Ganz allgemein
19 sollte der Spielraum, den die Stadt Wien hinsichtlich steuerlicher Entlastungen
20 besitzt, möglichst ausgereizt werden.

Schulden:

22 Mit dem Ende der Pandemie sollte im Sinne der Generationengerechtigkeit das
23 Anhäufen von Schulden beendet werden. Zwischen 2008 und 2020 hat sich die
24 Schuldenquote der Stadt Wien vervierfacht. Diese Tendenz finden wir äußerst
25 besorgniserregend, gehen Schulden doch immer auf Lasten der nächsten
26 Generation.

27 Experten vom Rechnungshof gehen davon aus, dass mit dem Netz an stadteigenen
28 Unternehmen (Wiener Wohnen, Wien Kanal usw) die Stadt für weitere zwei
29 Milliarden haftet. Neben dem mittelfristigen Senken der Schuldenquote braucht es
30 also auch mehr Transparenz in der indirekten Verschuldung der Stadt.

31 Um dem populistischen Schuldenmachen auf Kosten der nächsten Generationen einen
32 Riegel vorzuschieben, fordern wir ebenfalls eine Schuldenbremse in der
33 Stadtverfassung. Selbstverständlich sollte hier auch die nötige Flexibilität
34 gewährleistet sein, um auf wirtschaftliche Krisen gebührend reagieren zu
35 können - diese Wiener Schuldenquote sollte sich an der von uns geforderten
36 Schuldenquote auf Bundesebene orientieren. Zugleich sollen Erlöse aus der
37 weiter unten geforderten umfassenden Privatisierungsoffensive der Stadt zu 50%
38 in den Abbau der Stadtschulden fließen.

39 **Einsparungen:**

40 Um geminderte Abgabenlast und ausgeglichenen Haushalt zu finanzieren muss die
41 Stadt Wien die ihr zur Verfügung stehenden Mittel effizient und sparsam
42 einsetzen. Möglichkeiten zu Einsparungen gibt es ausreichend. Unter anderem
43 lässt sich das politische System schlanker gestalten¹ (Abschaffung der
44 Bezirksvorsteher-Stellvertreter und der nicht amtsführenden Stadträte, usw.),
45 auch die Insetrate² sollten drastisch zurückgefahren und nach transparenten und
46 nachvollziehbaren Regeln vergeben werden. Des Weiteren ist die systematische
47 verfrühte Pensionierung von Bediensteten der Stadt Wien (& ausgegliederten
48 Unternehmen) so rasch wie möglich abzustellen. Die üppigen Förderungen der Stadt
49 Wien sind zu durchforsten und auf Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu
50 überprüfen. Ferner ist die Wiener Verwaltung reformbedürftig, so sollen unter
51 anderem die Vorschläge des "Wien neu denken" Programms offengelegt, geprüft und
52 bei Sinnhaftigkeit rasch umgesetzt werden.

53 **Deregulierung:**

54 Wir sprechen uns im Allgemeinen dafür aus Bürokratie und wirtschaftslenkende
55 Gesetze auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Um dies langfristig
56 sicherzustellen, schlagen wir die folgenden beiden Maßnahmen vor.

- 57
- „One in, two out“: Für jede neue wirtschaftslenkende Regulierung müssen
58 zwei alte gestrichen werden.
- 59
- „Sunset Clause“: Maßnahmen zur Wirtschaftslenkung müssen allgemein
60 mit einem Ablaufdatum versehen werden. So wird sichergestellt, dass diese
61 regelmäßig gerechtfertigt und auf Aktualität und Notwendigkeit
62 überprüft werden müssen.

63 Neben solchen Regulierungen, die die Vertragsfreiheit beschneiden und das Wirken
64 des Marktes aktiv behindern, ist auch das hohe Ausmaß sinnloser Bürokratie und
65 Überregulierung für kleine Betriebe in der Stadt Wien massiv zurückzufahren.
66 Gesetze, wie beispielsweise das Tanzschulgesetz oder das Buschenschankgesetz,
67 sollen daher ersatzlos gestrichen werden.

68 **Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten:**

69 Eine Stadt schläft nie - so geht das Sprichwort. Auf Wien scheint das nicht
70 zuzutreffen. Spätestens am Sonntag schläft den ganzen Tag alles - und das nicht
71 weil keine Geschäfte öffnen wollen, sondern weil fast niemand öffnen darf. Wir
72 halten genau das für ein klassisches Beispiel von Überregulierung. Ganz
73 allgemein halten wir staatlich verordnete Öffnungszeiten für verfehlt. Für
74 Arbeitnehmer_innenschutz wird mit einer Begrenzung der Arbeitszeit gesorgt -
75 Öffnungsbeschränkungen sind hier nicht nur überflüssig, sondern schränken unsere
76 Freiheit als Arbeitnehmer und Arbeitgeber unverhältnismäßig ein.

77 Selbst wenn die allgemeinen Öffnungszeiten Bundesmaterie sind, ist die Stadt
78 Wien in der Pflicht. Sie hat es in der Hand, mit der Schaffung von sogenannten
79 Tourismuszonen die Öffnungszeiten an die Nachfrage anzupassen. Wir fordern,
80 dass mittelfristig ganz Wien zur Tourismuszone mit erlaubter Sonntagsöffnungen
81 wird.

82 **Let´s privatise it! auf Wienerisch**

83 Stadteigene Betriebe sind uns wie jede privatwirtschaftliche Tätigkeit der Stadt
84 ein Dorn im Auge. Für uns als Liberale ist glasklar, dass die Stadt nicht die
85 bessere Unternehmerin ist, sondern durch stadteigene Betriebe die Möglichkeiten
86 für Korruption, Freunderlwirtschaft und Steuergeldverschwendung steigen.

87 Die Stadt Wien sollte also kontinuierlich ihre Beteiligungen an
88 privatwirtschaftlich tätigen Unternehmen abbauen. Wir fordern hierzu in

89 Anlehnung an unsere bundesweite Privatisierungsinitiative die Schaffung von
90 mehreren neuen Vehikeln.

91 Alle Beteiligungen der Stadt im Kulturbereich werden in eine Wien-Stiftung
92 zusammengefasst. Aus den Mitteln des Privatisierungserlös soll hier eine
93 Anstoßdotierung in angemessener Höhe bereitgestellt werden. In Folge bleibt
94 die Wien-Stiftung zwar in Stadtbesitz, es wird bei der Besetzung der
95 Verwaltungsgremien auf Überparteilichkeit geachtet werden - insbesondere bei
96 den wichtigsten Positionen wollen wir, dass die Personen nach vorangegangenen
97 öffentlichen Hearings mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit im Landtag bestellt werden.

98 Beteiligungen an stadtrelevanten Infrastrukturbetrieben und wichtigen Betrieben
99 der kommunalen Verwaltung (Wien Kanäle aber auch Wiener Wohnen zB) sollten in
100 die Stadtverwaltung eingegliedert werden. Dadurch müssen sie höheren
101 Transparenzstandards entsprechen und werden einer effektiveren politischen
102 Kontrolle ausgesetzt.

103 Es gilt hier auch, möglichst zwischen dem Erhalt und der Entwicklung von
104 Infrastruktur und ihrer Nutzung zu privatwirtschaftlichen Zwecken zu
105 unterscheiden. So sollten die Wiener Linien in eine Infrastruktur-GmbH
106 umgewandelt werden - die Betreuung von nicht schienengebundenen Linien sollte
107 jedoch in regelmäßigen Abständen neu ausgeschrieben werden. Der Endkunde kann
108 weiterhin die gewohnten Tickets erwerben (Jahreskarte, Klimaticket usw), die
109 Stadt beauftragt aber private Unternehmen, die einzelnen Linien zu betreiben.
110 Dadurch kann man Wettbewerb in den vitalen Sektor des ÖPNV bringen.

111 Alle weiteren Unternehmungen der Stadt Wien sollten in eine
112 Privatisierungsagentur (eine AG in Besitz des Landes) zusammengefasst werden.
113 Ihr Auftrag ist die mittelfristige Privatisierung aller in ihr zusammengefassten
114 Beteiligungen der Stadt. Insbesondere gilt es hier jeglichen
115 privatwirtschaftlichen Business-to-Customer Tätigkeiten ein Ende zu bereiten.
116 Wein anzubauen, wie es die Stadt Wien mit dem Weingut Cobenzl tut, gehört zum
117 Beispiel ganz und gar nicht zum Tätigkeitsbereich der Stadt, wie er uns
118 vorschwebt. Selbiges gilt auch für die Produktion von Mehl und Brot.

119 **Fußnoten:**

120 ¹ Siehe JUNOS-Wien-Beschluss: „Gehaltskürzung für Wiener Politiker“.

121 ² vgl. JUNOS-Beschluss “Maßnahmen für eine saubere Politik”.

122 ³ Vgl JUNOS-Beschluss “Let’s privatise it”.